

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 12. Juli 2011 in Zürich

Traktandum 3 – Rede des Parteipräsidenten

Politik für alle statt für wenige

Liebe Genossinnen und Genossen

Am 24. Juni hatte ich die grosse Freude zusammen mit Mitgliedern des Initiativkomitees beim Generalsekretär der Direktion der Justiz und des Innern über 8'000 Unterschriften für unsere Volksinitiative «für mehr bezahlbaren Wohnraum» deponieren zu können. 8'000 Unterschriften, die wir in 100 Tagen gesammelt hatten, 8'000 Unterschriften, für ein Anliegen, das den Leuten ganz offensichtlich unter den Nägeln brennt, 8'000 Unterschriften, die unser Anspruch, Politik für alle statt für wenige zu machen, bestens auf den Punkt bringt: Wir wollen im Kanton Zürich bezahlbaren Wohnraum für alle, statt Profite für ein paar wenige Besitzenden von Häusern, Grund und Boden.

Dass die notwendigen Unterschriften in so kurzer Zeit zusammenkamen ist zum einen das Verdienst all jener Mitglieder, die sich in dieser Unterschriftensammlung engagiert haben und im Freundes- und Bekanntenkreis für die Initiative geworben haben, die Initiativbogen sehr diszipliniert zurückgeschickt haben. Ihnen allen, Euch allen gebührt ein herzliches Dankeschön für diesen Einsatz. Dass die notwendigen Unterschriften in so kurzer Zeit zusammenkamen ist zum anderen aber auch das Zeichen, dass die aktuelle Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt vielen Zürcherinnen und Zürcher grosse Sorge bereitet.

Und das zurecht: Die Mieten sind in den letzten 30 Jahren um das doppelte der allgemeinen Teuerung gestiegen, die Zersiedelung der Landschaft schreitet voran, die Renditeforderungen an Immobilien steigen. Hier Gegensteuer zu geben ist dringend nötig und mit unserer Initiative schlagen wir ein wirksames Mittel im Kampf gegen zu hohe Mieten vor, sie zeigt den Weg auf, wie faire Mieten und faire Renditen unter einen Hut gebracht werden können. Auch andere Kantonalparteien denken nun daran nach unserem Vorbild entsprechende Initiativen zu lancieren.

Mit der Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» hat die SP Kanton Zürich zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt erfolgreich und im Alleingang für eine eigene Initiative Unterschriften gesammelt. Darauf können und dürfen wir stolz sein. Aber natürlich ist die Einreichung der Initiative erst die halbe Miete, liebe Genossinnen und Genossen: Damit unser Vorschlag auch umgesetzt wird, braucht es auch einen Erfolg in der Volksabstimmung. Jenachdem wie schnell die politischen Mühlen malen, findet diese voraussichtlich Ende 2012/Anfang 2013 statt. Auch dann wird wieder voller Einsatz nötig sein, so wie bei der Unterschriftensammlung.

Die Unterschriftensammlung für unsere Volksinitiative hat mir, liebe Genossinnen und Genossen, auch einmal mehr noch etwas anderes gezeigt: Wer nahe bei den Problemen der Leute politisiert, der hat Erfolg. Viele SP-Mitglieder und Sektionen haben für die Initiative geworben, haben mit den Leuten gesprochen, haben unsere Argumente vorgetragen und so viele Unterschriften gewonnen – genauso wie das bei Initiativen ja auch sein sollte. Aber viele Unterschriften, fast ein Viertel, kam auf anderem Wege zusammen.

Wir haben bekanntlich vor den Abstimmungen vom 15. Mai eine Wahlzeitung lanciert, die wir in alle Haushaltungen verteilen liessen. Dabei haben wir entschieden, dass wir ihr auch den Unterschriftenbogen beilegen, ehrlich gesagt mehr aus Imagegründen, als aus der Hoffnung, dass auf diesem Wege viele Unterschriften zusammenkommen würden. Denn die Erfahrung zeigt, dass dieser Weg des Massenversandes nur sehr marginal Unterschriften generiert. Umso überraschter waren wir, als schon nach wenigen Tagen die Zahl der retournierten Unterschriftenbogen massiv anstieg. Ganz offensichtlich haben wir mit unserer Initiative den Nerv der Leute getroffen und ganz offensichtlich trauen uns die Leute zu, dass wir für dieses Problem, das ihnen so grosse Sorgen bereitet gute und praktikable Lösungen haben. In diesem Bereich müssen wir die Leute nicht mehr von unserer Kompetenz überzeugen, dass wir diese haben, haben wir ihnen offenbar genug bewiesen. Nahe bei den Leuten und ihren Problemen politisieren heisst Erfolg zu haben, sei es bei Unterschriftensammlungen, sei es bei Wahlen.

Diesen Pfad müssen wir konsequent weitergehen und ich weiss, dass wir hierbei auf einem guten Weg sind. Der letzte Parteitag der SP Schweiz hat mit der Verabschiedung des 10 Punkte-Programms diese Richtung vorgegeben und jene Themen ins Zentrum gestellt, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind: Eneuerbare Energien, existenzsichernde Löhne, bezahlbaren Wohnraum, Chancengleichheit in der Bildung, eine gesicherte Gesundheitsversorgung, ein gerechtes Steuersystem – alles Themen, bei denen der Schuh drückt, alles Themen, bei denen uns, das zeigen die Erhebungen, viele Leute eine hohe Kompetenz zugestehen, alles Themen, bei denen die Stimmberechtigten überzeugt davon sind, dass wir in der Lage sind, diese Probleme zu lösen.

Und dieses Signal der SP Schweiz möchten wir heute nochmals verstärken, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen es verstärken, in dem wir den Ball der SP Schweiz aufnehmen und dem nationalen 10 Punkte-Programm ein eigenes 7 Punkte-Programm der Kantonalpartei zur Seite stellen. Ich sage bewusst «zur Seite stellen» und nicht «ergänzen», denn wir wollen mit unserem kantonalen Papier die wichtigsten Punkte aus dem 10 Punkte-Programm aufnehmen und es – dort wo es möglich und sinnvoll ist – auf die kantonale Ebene herunterbrechen, etwa mit Aussagen zum Flughafen Kloten oder zum Flugplatz Dübendorf, oder zu einem geplanten Atomendlager in Benken oder im Zürcher Unterland.

Wir wollen mit unseren Themen, liebe Genossinnen und Genossen den Menschen in unserem Kanton aufzeigen, welches die Herausforderungen der nahen Zukunft sind. Wir wollen ihnen damit auch die Möglichkeit geben, am 23. Oktober eine klare Wahl zu treffen. Die Wahl, welche Politik sie in diesem Land, für diesen Kanton wollen. Wollen sie weiterhin eine Politik, die sich in erster Linie an die Bessergestellten unserer Gesellschaft richtet, eine Politik, die von der Steuer- über die Wohnraum- bis hin zur Finanzpolitik die Interessen der hohen Einkommen und Vermögen, der

Immobilienbesitzer und derjenigen Menschen bevorzugt, die weniger auf staatliche Leistungen angewiesen sind, eine Politik, die sich hinter Pseudo-Sachzwängen wie «Steuerwettbewerb», «freier Markt» oder «leere Kassen» versteckt – kurz: Eine Politik, bei der die breite Bevölkerung leer ausgeht, eine Politik für wenige statt für alle.

Oder wollen sie eine Politik, die dafür sorgt, dass wir alle von dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand profitieren können, eine Politik, die in die Zukunft investiert, sei es beim Verkehr, sei es in der Bildung, sei es im Gesundheitswesen, eine Politik, die etwa im Energiebereich die Probleme von heute nicht mit den Rezepten von vorgestern löst, eine Politik, die die Wirtschaft in den Dienst des Menschen und nicht umgekehrt stellt, eine Politik, die nicht zuletzt dem wohl wichtigsten Satz in unserer Bundesverfassung, dass sich nämlich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst, neue Nachachtung verschafft – kurz: Eine Politik, die den Menschen die Gewissheit gibt, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist und nicht nur für ein paar Privilegierte, eine Politik für alle statt für wenige.

Um diese Wahl, liebe Genossinnen und Genossen, geht es diesen Herbst und ich weiss, dass wir, auch wenn wir gerade erst einen anstrengenden Wahlkampf hinter uns haben, nochmals gemeinsam die Energie aufbringen werden und hart für einen Erfolg arbeiten werden, nochmals gemeinsam alles geben, damit die Politik des Gemeinsinns triumphiert und die Politik der Egoisten verliert. Wir haben die richtigen Themen und wir haben die richtigen Personen. Thomas Hardegger ist bereit für den Ständerat, 34 unserer Genossinnen und Genossen sind bereit für den Nationalrat. Und wir alle sind bereit für den Wahlkampf. Packen wir es also an! Herzlichen Dank für Euer Engagement.

Besten Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.